

RESOLUTION

NEIN ZUR ANTI-MENSCHENRECHTS-INITIATIVE DER SVP

Die Initiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“, über die voraussichtlich im November 2018 abgestimmt wird, ist ein Angriff auf die Menschenrechte, da ihre Annahme die Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zur Folge haben könnte.

Die „Fremde Richter“-Initiative fällt in eine Zeit, in der Menschenrechtskrisen in Ländern wie Russland oder der Türkei die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Menschenrechtsschutzes aufzeigen. Wo autoritäre Regierungen die Freiheiten und Rechte ihrer Bevölkerung einschränken, garantiert die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) einen Minimalstandard, der nicht folgenlos unterschritten werden darf. Wo Rechtsstaaten zerfallen und Gerichte unter politischen Druck geraten, bietet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) für viele Menschen die letzte Zuflucht, wo sie ihre Rechte einklagen können.

Viele schauen deshalb mit Besorgnis auf die Schweiz und stellen fest, dass ausgerechnet dieses Land den europäischen Menschenrechtsschutz sabotieren könnte. Es wäre eine Schande, wenn die Schweiz die Menschenrechte schwächt anstatt sie zu verteidigen.

Amnesty International Schweiz wird sich deshalb in den kommenden Monaten – neben anderen Akteuren wie Schutzfaktor M – mit einer Kampagne dafür einsetzen, dass diese gefährliche Initiative an der Urne deutlich abgelehnt wird.

Die Mitglieder der Schweizer Sektion von Amnesty International, die sich anlässlich der Jahresversammlung 2018 in Bern versammelt haben, lehnen die Initiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ ab, da sie zu einer Schwächung des Menschenrechtsschutzes in Europa und der Schweiz führen würde. Sie rufen die Stimmberechtigten in der Schweiz dazu auf, die Initiative mit einem klaren NEIN abzulehnen.